Deutscher Bundestag **Drucksache 17/4812**

17. Wahlperiode 18. 02. 2011

Fragen

für die Fragestunde der 92. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 23. Februar 2011

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

1. Abgeordneter **Garrelt Duin** (SPD)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung aus der so genannten Sektoruntersuchung des Bundeskartellamtes zur Gestaltung der Benzinpreise, die nach Aussagen des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie, Rainer Brüderle, Ende Januar 2011 vorliegen sollte, und welche Schlussfolgerungen bzw. Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus?

2. Abgeordnete **Dorothea Steiner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwieweit gibt die von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) veröffentlichte Tabelle mit Daten zu 408 Speicherstrukturen Anhaltspunkte über mögliche CO_2-Endlager in Deutschland?

3. Abgeordnete **Dorothea Steiner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die Daten der BGR, wonach sich große CO_2-Speicherpotenziale in der Nordsee befinden, und welche möglichen Gefahren bei einer CO_2-Verpressung würden nach Meinung der Bundesregierung daraus erwachsen?

4. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zieht die Bundesregierung Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen der CO_2-Endlagerkarte, welche Greenpeace am 13. Februar 2011 veröffentlichte auf der Grundlage von Daten der BGR, und falls nein, mit welchem Inhalt veröffentlicht die Bundesregierung wann eine Endbewertung für einzelne Standorte mit einer Karte?

5. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liegt der Bundesregierung der Zwischenbericht zum Speicherkataster Deutschlands mit dem Titel „Informationssystem Speichergesteine für den Standort Deutschland“ (Forschungsprogramm FKZ 0327765/BGR, Archiv-Nr.: 0129435) vor, und warum wird der Bericht von der BGR als Verschlusssache erklärt, wenn die Bundesregierung bei der Erarbeitung des CCS-Gesetzes immer wieder von höchstmöglicher Transparenz spricht und die Daten des Zwischenberichts bereits einzelnen Unternehmen – nicht aber den betroffenen Bürgern – vorliegen?

6. Abgeordnete
Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Geht die Bundesregierung von weiteren potenziellen CO_2-Endlagerstätten aus, nachdem laut „Süddeutscher Zeitung“ vom 15. Februar 2011 im Norddeutschen Becken nur 77 Prozent, im Bayerischen Molassebecken nur 44 Prozent und auch andere Regionen wie Franken, das Saar-Nahe-Becken als auch laut BGR das gesamte Bundesland Schleswig-Holstein gar nicht untersucht wurden?

7. Abgeordnete
Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die neuen BGR-Schätzungen, die davon ausgehen, dass nur noch 13 Mrd. Tonnen CO_2 eingelagert werden könnten, nachdem 2003 noch von 23 bis 43 Mrd. Tonnen und 2005 von 12 bis 28 Mrd. Tonnen ausgegangen wurde, und welche Konsequenzen zieht deshalb die Bundesregierung?

8. Abgeordneter
Rolf Hempelmann
(SPD)

Wie viele der zum Export genehmigten Waffen wurden im Berichtszeitraum tatsächlich exportiert vor dem Hintergrund, dass im Rüstungsexportbericht 2009 die Bundesregierung lediglich die Anzahl der genehmigten Waffenexporte angibt, nicht aber die tatsächlich stattgefundenen Exporte benennt?

9. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erwägt die Bundesregierung angesichts der Protestwelle in arabischen Ländern das Kriterium 2 des Gemeinsamen Standpunkts 2008/944/GASP des Europäischen Rates vom 8. Dezember 2008, wonach ein Export von Militärgütern oder Militärtechnologie zu verweigern ist, wenn das Risiko besteht, dass die Exportgüter zur „internen Repression benutzt werden können“ oder in den Empfängerländern „schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen festgestellt wurden“, häufiger und umfassender für Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter anzuwenden, oder wird die Bundesregierung an der Abwägungspraxis festhalten, den Export von Rüstungsgütern auch in solche Länder zu erlauben, deren Menschenrechtslage im Menschenrechtsbericht der Bundesregierung als problematisch geschildert wird und in denen systematisch diskriminiert und gefoltert wird?

10. Abgeordneter
Hans-Joachim Hacker
(SPD)

Wie ist der Stand der Erarbeitung der Tourismuskonzeption der Bundesregierung für die ländlichen Räume, und welche Sachverständige wurden bzw. werden an diesem Umsetzungsprozess beteiligt?

11. Abgeordneter **Hans-Joachim Hacker** (SPD)

Welche kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung, um die Breitbandversorgung als Grundlage für neue, innovative Dienste im Tourismus, vor allem im ländlichen Raum, sicherzustellen bzw. die Lücken in der Breitbandversorgung zu schließen?

12. Abgeordnete **Elvira Drobinski-Weiß** (SPD)

Warum hält es die Bundesregierung angesichts der vielfältigen Klassifizierungsmöglichkeiten der Beherbergungsbetriebe im Landtourismus durch einzelne Verbände nicht für erforderlich, ein neues einheitliches Gütezeichen für den Landtourismus einzuführen?

13. Abgeordneter **Heinz Paula** (SPD)

Unterstützt die Bundesregierung die Schaffung einer bundesweiten Vermarktungsplattform für landtouristische Angebote, und wie soll diese Unterstützung konkret aussehen?

14. Abgeordneter **Heinz Paula** (SPD)

Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung, um den Landtourismus als eine der wesentlichen Säulen der Wirtschaftskraft für ländliche Regionen zu stärken?

15. Abgeordneter **Klaus Barthel** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die von der Bundesnetzagentur vertretene Auffassung (vgl. DER SPIEGEL 4/2011, S. 58), wonach die Deutsche Post AG in Zukunft sämtliche Entgelte einschließlich der Preise von Teilleistungen für Wettbewerber, wie etwa die Sortierung oder den Transport von Briefen, der Bundesnetzagentur vorab zur Genehmigung vorlegen soll, und bis wann soll das Postgesetz entsprechend novelliert werden?

16. Abgeordneter **Klaus Barthel** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Ilse Aigner, dass zur Sicherstellung einer flächendeckenden und schnellen Breitbandversorung des ländlichen Raums entsprechende Verpflichtungen im Telekommunikationsgesetz (TKG) vorzusehen sind, und in welcher Form soll dies bei der TKG-Novelle umgesetzt werden?

17. Abgeordneter **Manfred Nink** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die Stagnation der Lohnentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren, und welche Rolle spielt dies aus Sicht der Bundesregierung bei den deutschen Exportüberschüssen und den wirtschafts-, finanz- und haushaltspolitischen Ungleichgewichten im Euro-Raum?

18. Abgeordneter **Manfred Nink** (SPD)

Welche Gründe sprechen aus Sicht der Bundesregierung für einen asymmetrischen Ansatz bei der Bewältigung makroökonomischer Ungleichgewichte und welche gegen symmetrische Anpassungsverfahren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

19. Abgeordnete **Silvia Schmidt (Eisleben)** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Aussage der Monitoring-Stelle zur UN-Behindertenrechtskonvention, die Bundesregierung stelle mit dem Aktionsplan einen Rahmen für die Aktionspläne zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention anderer Akteure zur Verfügung, und wenn ja, welche anderen Akteure sieht die Bundesregierung hier betroffen?

20. Abgeordnete **Silvia Schmidt (Eisleben)** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, eine Publikation des Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in leichter Sprache zu veröffentlichen, und wird sie eine Öffentlichkeitskampagne zur Bewusstseinsbildung im Sinne der UN-Konvention umsetzen?

21. Abgeordnete **Anette Kramme** (SPD)

Ist beabsichtigt, dass der Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auch der Bundesagentur für Arbeit und den JobCentern Maßnahmen vorgeben soll, und wenn ja, wie verbindlich werden diese Vorgaben sein?

22. Abgeordnete **Anette Kramme** (SPD)

Wird die Bundesagentur für Arbeit einen eigenen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention erstellen, und wenn ja, bis wann?

23. Abgeordnete **Caren Marks** (SPD)

Wie viel Zeit haben der Inklusionsbeirat und seine Fachausschüsse für die Erarbeitung von Vorschlägen für einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention insgesamt zur Verfügung?

24. Abgeordnete **Caren Marks** (SPD)

Wann wird der Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention voraussichtlich im Bundeskabinett behandelt?

25. Abgeordnete **Kirsten Lühmann** (SPD)

Ist beabsichtigt, im Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auch Empfehlungen für den Gesetzgeber auszusprechen?

26. Abgeordnete **Kirsten Lühmann** (SPD)

Wann und wie wird der Deutsche Bundestag als Gesetzgeber in die Erstellung des Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention einbezogen, und ist vorgesehen, die Anregung des Deutschen Bundestages in die Erstellung des Aktionsplans einfließen zu lassen?

27. Abgeordnete **Christel Humme** (SPD)

Mit welchen konkreten Arbeitsaufträgen wurden der Inklusionsbeirat und seine Fachausschüsse beim Bundesbeauftragten für die Belange behinderter Menschen eingesetzt?

28. Abgeordnete **Christel Humme** (SPD)

Werden die konkreten Empfehlungen aus dem Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention verbindliche Fristen und Zeithorizonte für die Umsetzung enthalten?

29. Abgeordnete **Katja Mast** (SPD)

Wird die Bundesregierung die Arbeitsstättenverordnung im Sinne einer besseren Chancengleichheit von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt ändern, und wenn ja, in welcher Weise?

30. Abgeordnete **Katja Mast** (SPD)

Was wird die Bundesregierung unternehmen, um den geringen Anteil von nur drei Promille der Auszubildenden in Betrieben des allgemeinen Arbeitsmarktes zu erhöhen, und ist sie der Auffassung, dass

die UN-Behindertenrechtskonvention für den Umbau des Ausbildungssystems für behinderte Menschen bzw. der beruflichen Rehabilitation hin zu einem inklusiven und durchlässigen System gesetzgeberische Maßnahmen erfordert?

31. Abgeordneter **Anton Schaaf** (SPD)

Für welche Bundesbehörden soll der Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention Maßnahmen beinhalten, und wie viele zusätzliche und bereits geplante Haushaltsmittel werden für die Maßnahmen zur Verfügung gestellt?

32. Abgeordneter **Anton Schaaf** (SPD)

Welche Mitglieder hat der Arbeitsausschuss des staatlichen „Focal Point“ im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, und welche Arbeitsergebnisse liegen aus diesem Gremium vor?

33. Abgeordneter **Swen Schulz (Spandau)** (SPD)

Ist beabsichtigt, im Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention konkrete Arbeitsaufträge an die Bundesministerien zu erteilen, oder sollen die Bundesministerien ihrerseits wiederum einzelne Aktionspläne erstellen, und wenn ja, bis zu welchem Zeitpunkt?

34. Abgeordneter **Swen Schulz (Spandau)** (SPD)

Ist beabsichtigt, im Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen konkrete Maßnahmen für die Krankenkassen festzulegen, und wenn ja, welche Verbindlichkeit werden diese Maßnahmen haben?

35. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

Was hat die Bundesregierung seit der Annahme der Beschlussempfehlung (Bundestagsdrucksache 16/12545) im April 2009 zu dem Antrag „Frauen und Mädchen mit Behinderungen wirksam vor Gewalt schützen und Hilfsangebote verbessern“ (Bundestagsdrucksache 16/11775) und zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung „Lage der Frauen mit Behinderungen in der Europäischen Union“ (EuB-EP 1492) hinsichtlich der dort aufgeführten Forderungen an die Bundesregierung getan und erreicht?

36.	Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)	Bei welchen Gesetzesvorhaben hat die Bundesregierung seit dem Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention (26. März 2009) Frauen mit Behinderungen und deren Interessenvertretungen aktiv beteiligt?
37.	Abgeordnete **Gabriele Hiller-Ohm** (SPD)	Wie wird gewährleistet, dass die Aktionspläne zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention von Bund und Ländern aufeinander abgestimmt werden, und welche Bund-Länder-Gremien arbeiten ggf. an einer Abstimmung?
38.	Abgeordnete **Gabriele Hiller-Ohm** (SPD)	Wie werden private und öffentliche Unternehmen in den Prozess der Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen einbezogen?
39.	Abgeordneter **Josip Juratovic** (SPD)	Wie wird die wissenschaftliche Begleitung bei der Erstellung und Umsetzung des Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen gewährleistet, und wie ist dies haushalterisch untersetzt?
40.	Abgeordneter **Josip Juratovic** (SPD)	Soll der Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention quantifizierbare und nachvollziehbare Ziele enthalten, und in welchem Rhythmus wird über die Fortschritte berichtet?
41.	Abgeordnete **Angelika Krüger-Leißner** (SPD)	Wird die Bundesregierung die Arbeitsstättenverordnung im Sinne einer besseren Chancengleichheit von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt ändern, und wenn ja, in welcher Weise?
42.	Abgeordnete **Angelika Krüger-Leißner** (SPD)	Was wird die Bundesregierung unternehmen, um den geringen Anteil von nur drei Promille der Auszubildenden in Betrieben des allgemeinen Arbeitsmarktes zu erhöhen, und ist sie der Auffassung, dass die UN-Behindertenrechtskonvention für den Umbau des Ausbildungssystems für behinderte Menschen bzw. der beruflichen Rehabilitation hin zu einem inklusiven und durchlässigen System gesetzgeberische Maßnahmen erfordert?

43.	Abgeordneter **Stefan Schwartze** (SPD)	Sind Vertreter von Bundesministerien außer dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales an der Erstellung des Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention beteiligt, und wenn ja, welcher?
44.	Abgeordneter **Stefan Schwartze** (SPD)	Ist beabsichtigt, die Vorschläge der Behindertenselbsthilfe aus den Kongressen „Mit Dir zum Wir" im Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen aufzugreifen, und wird die Bundesregierung das Votum der Mehrheit der Teilnehmer für ein Gesetz zur sozialen Teilhabe beachten?
45.	Abgeordnete **Jutta Krellmann** (DIE LINKE.)	Wie beurteilt die Bundesregierung die in der Entgeltstatistik der Bundesagentur für Arbeit dokumentierten Einkommensverluste von 50 Prozent für Leiharbeitsbeschäftigte gegenüber Vollzeitbeschäftigten (2009 lag das monatliche Bruttoeinkommen aller Vollzeitbeschäftigten bei 2 805 Euro. Leiharbeitskräfte mit Vollzeitstellen kamen dagegen nur auf 1 456 Euro brutto)?
46.	Abgeordnete **Jutta Krellmann** (DIE LINKE.)	Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung, jenseits des Verweises auf die Verantwortung der Tarifvertragsparteien, ergreifen, um eine Einkommensgerechtigkeit zwischen Beschäftigten in der Leiharbeit und regulären Vollzeitbeschäftigten bei gleicher Qualifikation noch in diesem Jahr herzustellen?
47.	Abgeordneter **Werner Dreibus** (DIE LINKE.)	Inwiefern sind die Bundesregierung bzw. Vertreter des Hauptausschusses für Mindestarbeitsbedingungen mit Arbeitgebern der Callcenter-Branche im Gespräch, einen tariffähigen Arbeitgeberverband zu bilden?
48.	Abgeordneter **Werner Dreibus** (DIE LINKE.)	Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung bezüglich möglicher beschäftigungspolitischer Auswirkungen der vollständigen Arbeitnehmerfreizügigkeit ab dem 1. Mai dieses Jahres auf die Collcenter-Branche, und welche konkreten Maßnahmen leitet die Bundesregierung daraus ab?

49. Abgeordnete **Sabine Zimmermann** (DIE LINKE.)

Was sind die bisherigen Ergebnisse der Arbeit des Hauptausschusses für Mindestarbeitsbedingungen zu dem gestellten Mindestlohnantrag für die Callcenter-Branche (bitte die erfolgten Schritte und Beratungen darstellen), und bis wann wird voraussichtlich das seit November 2009 laufende Verfahren abgeschlossen werden?

50. Abgeordnete **Sabine Zimmermann** (DIE LINKE.)

Wie hat sich seit 2009 die Zahl der Niedriglohnbeschäftigten in der Callcenter-Branche entwickelt (bitte auch nach Beschäftigungsform aufführen und neben den absoluten auch relative Daten nennen) und wie das Problem der Aufstocker (bitte absolute und relative Zahlen nennen sowie Umfang der Leistungen, insgesamt und pro Bedarfsgemeinschaft)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

51. Abgeordnete **Cornelia Behm** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Bereitet die Bundesregierung zwischenzeitlich im Auftrag der Koalitionsfraktionen einen Gesetzentwurf zur Änderung von Detailregelungen bei der Hofabgabeklausel in der Alterssicherung der Landwirte vor, und wenn ja, welche Eckpunkte liegen dem zugrunde?

52. Abgeordnete **Elvira Drobinski-Weiß** (SPD)

Wie bewertet dfie Bundesregierung den aktuellen Vorschlag der EU-Kommission, der den EU-Mitgliedstaaten künftig ermöglichen soll, sich komplett oder in einzelnen Regionen zum gentechnikfreien Raum zu erklären, und zu welchem Ergebnis kam die von der Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Ilse Aigner, bereits vor über zwei Jahren angekündigte Suche nach einer rechtssicheren Lösung, die einzelnen Ländern und Regionen ermöglichen sollte, sich komplett zu gentechnikfreien Regionen zu erklären?

53. Abgeordneter **Dr. Wilhelm Priesmeier** (SPD)

Wird die Bundesregierung dafür Sorge tragen, dass gesetzlich sichergestellt wird, dass zukünftig analog zu den in Belgien seit dem Jahr 1998 geltenden rechtlichen Verpflichtungen, alle Futterfettchargen bis zu 200 Tonnen von den zuständigen Kontrollbehörden beprobt und die Ergebnisse zeitnah veröffentlicht werden?

54. Abgeordneter **Dr. Wilhelm Priesmeier** (SPD)

Wird die Bundesregierung im Rahmen der Novelle des Lebensmittel-, Bedarfsgegenstände- und Futtermittelgesetzbuchs (LFGB) dafür Sorge tragen, dass gesetzlich sichergestellt wird, dass jede Betriebsstätte oder jeder Betrieb, die bzw. der Lebensmittel in Verkehr bringt, mindestens einmal im Jahr von den zuständigen Kontrollbehörden kontrolliert wird und die Kontrollergebnisse zeitnah veröffentlicht werden?

55. Abgeordnete **Undine Kurth (Quedlinburg)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Regelungsinhalte soll der von der Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Ilse Aigner, angekündigte Tierschutzaktionsplan umfassen, und wie bewertet die Bundesregierung die tatsächlichen Umsetzungschancen des Tierschutzaktionsplans, nachdem bereits eine der von der Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Ilse Aigner, angekündigten Tierschutzverbesserungen – das Verbot des Schenkelbrands bei Pferden – von den Regierungsfraktionen im Landwirtschaftsausschuss abgelehnt wurde?

56. Abgeordnete **Undine Kurth (Quedlinburg)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wird die Bundesregierung im Rahmen des von der Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Ilse Aigner, angekündigten Tierschutzaktionsplans die Möglichkeit der Einführung einer Negativ- oder einer Positivliste für die Haltung von Wildtieren in Zirkussen ernsthaft prüfen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

57. Abgeordneter **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen würde die Bundesregierung ziehen, wenn sie Anhaltspunkte dafür hätte, dass die vom Bundesminister der Verteidigung, Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, eingereichte Dissertation mit dem Titel „Verfassung und Verfassungsvertrag. Konstitutionelle Entwicklungsstufen in den USA und der EU“ nicht von ihm selbst verfasst wurde?

58. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liegen der Bundesregierung Anhaltspunkte dafür vor, dass die vom Bundesminister der Verteidigung, Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, eingereichte Dissertation mit dem Titel „Verfassung und Verfassungsvertrag. Konstitutionelle Entwicklungsstufen in den USA und der EU“ nicht von ihm selbst verfasst wurde?

59. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung ziehen, falls dem Bundesminister der Verteidigung, Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, sein Doktortitel durch die Universität Bayreuth aberkannt werden sollte?

60. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Auskünfte gibt die Bundesregierung über Anzahl der in Afghanistan seit 2002 eingesetzten Bundeswehr-Scharfschützen (vgl. stern vom 13. Januar 2011), die Kriterien für die Auswahl der Zielpersonen, den konkreten Auftrag für den Einsatz der Gewehre mit Zielfernrohren und die Zahl der getöteten Menschen sowie über die Rechtsgrundlagen der Einsätze, und wie grenzt die Bundesregierung deren und ihrer Befehlsgeber Tun ab von strafbaren heimtückischen Tötungen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

61. Abgeordneter
Garrelt Duin
(SPD)

Stimmt die Bundesregierung den Aussagen ihrer Drogenbeauftragten zu, die nach Presseberichten Spielautomaten in Kneipen, Geschäften und Flughäfen verbieten will, und wenn nein, welche Änderungen wird die Bundesregierung beim gewerblichen Automatenspiel im Rahmen der geplanten Novelle der Spielverordnung vorsehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

62. Abgeordnete **Dr. Marlies Volkmer** (SPD)

Warum gibt es nach über 20 Jahren Wiedervereinigung auf dem Schienennetz Deutschlands noch immer derartig eklatante Unterschiede im technischen Sicherheitsstandard von Ost und West, und bis zu welchem Zeitpunkt sollen alle eingleisigen Strecken mit der punktförmigen Zugbeeinflussung (PZB) ausgerüstet sein?

63. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie ist der aktuelle Zeitplan für die Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes, und in welchem Quartal könnte aus Sicht der Bundesregierung die Novellierung frühestens abgeschlossen sein?

64. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist es richtig, dass für im Bedarfsplan enthaltene Vorhaben im Vordringlichen Bedarf mit besonderem naturschutzfachlichen Planungsauftrag und im Weiteren Bedarf mit festgestelltem hohen ökologischen Risiko durch den Wegfall der Fußnoten in der Karte der Anlage zum Fünften Gesetz zur Änderung des Fernstraßenausbaugesetzes vom 4. Oktober 2004 die Bedarfsfeststellung nicht mehr durch die Einstellung des Vorhabens in den Straßenbauplan erfolgt und damit dem Parlament das ursprünglich vorgesehene Mitspracherecht hinsichtlich der Einstellung derartiger Vorhaben in den Vordringlichen oder Weiteren Bedarf entzogen worden ist, und welche juristischen Konsequenzen hat der Wegfall der Fußnoten für gerichtliche Auseinandersetzungen?

65. Abgeordnete **Gabriele Lösekrug-Möller** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die Anforderungen hinsichtlich der Sicherheit von Menschen mit Behinderungen bei Unglücksfällen, beispielsweise in Tunnels, Hotels, Liften und bei Schiffsunglücken grundsätzlich der kritischen Evaluation und Überarbeitung bedürfen, und wenn ja, welche Maßnahmen sind geplant, um dem entgegenzuwirken?

66. Abgeordnete **Gabriele Lösekrug-Möller** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass es angesichts des demografischen Wandels viel zu wenig barrierefreien Wohnraum in Deutschland gibt, und welche zusätzlichen Maßnahmen und Initiativen sieht die Bundesregierung vor, um auf eine bedarfsgerechte Versorgung mit barrierefreiem Wohnraum in ganz Deutschland hinzuwirken?

67. Abgeordneter **Uwe Beckmeyer** (SPD)

Wann werden die Bund-Länder-Arbeitsgruppen unter der Leitung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) zur Vorbereitung eines bundesweiten Feldversuchs des so genannten Lang-Lkw ihre Endergebnisse vorlegen, und wann ist eine Verbändeanhörung durch das BMVBS zur Vorbereitung des Feldversuchs geplant?

68. Abgeordneter **Uwe Beckmeyer** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung ihren für das Frühjahr 2011 angekündigten Feldversuch mit so genannten Lang-Lkw starten, der auf die Dauer von fünf Jahren mit einem Jahr wissenschaftlicher Begleitung angelegt sein soll, und welche Strecken haben die Bundesländer bisher dem BMVBS in den Bund-Länder-Arbeitsgruppen zur Vorbereitung des Feldversuchs des so genannten Lang-Lkw vorgeschlagen?

69. Abgeordnete **Cornelia Behm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass Kreisverkehre auf Bundesstraßen möglich sind, wie zum Beispiel an der Bundesstraße 2 bei Pinnow, und wenn nicht, welche Kriterien sprechen gegen Kreisverkehre auf Bundesstraßen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

70. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwiefern unterscheiden sich die Rahmenbedingungen aus dem Energiekonzept der Bundesregierung zum Zwischenbericht Leitstudie 2010?

71. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wird die beschlossene Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken in der Leitstudie 2010 betrachtet, und falls ja, zu welchen Schlussfolgerungen kommen die Wissenschaftler?

72. Abgeordneter **Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liegen der Bundesregierung aktualisierte Abschätzungen über die Entwicklung der EEG-Differenzkosten (EEG = Erneuerbare-Energien-Gesetz) (bezogen auf die Jahre 2011 und 2012) vor, und auf welche Höhe belaufen sich diese Differenzkosten, die sich in der EEG-Umlage widerspiegeln?

73. Abgeordneter **Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Studien liegen der Bundesregierung vor, die sich mit den ökonomischen Folgen eines nuklearen Ereignisses beschäftigen, und welche Studien befinden sich hierzu in Erarbeitung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

74. Abgeordneter **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach welchen Kriterien soll es nach Auffassung der Bundesregierung Bundesmittel für Hochschulen geben, und auf welcher verfassungsrechtlichen Grundlage soll die Bundesförderung erfolgen?

75. Abgeordnete **Krista Sager** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die Gefahr, dass durch die Zitationspraxis von Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg der Kampf gegen Plagiate in der Wissenschaft und für gute wissenschaftliche Standards gerade auch bei Haus-, Magister- und Diplomarbeiten erschwert wird?

76. Abgeordnete **Krista Sager** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die bestehenden Regularien zur Einhaltung wissenschaftlicher Standards in Promotionsverfahren, und welchen Verbesserungsbedarf sieht sie?

77. Abgeordneter **Klaus Hagemann** (SPD)

Welche Mindeststandards müssen nach Ansicht der Bundesregierung für gutes wissenschaftliches Arbeiten insbesondere im Bereich von Quellenangaben und Zitaten erfüllt sein, und welche Initiativen hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung in Sachen Plagiatschutz und in Sachen Umsetzung der IP-Charta der Europäischen Union, deren Ziel ein fairer und professioneller Umgang mit geistigem Eigentum ist, bislang ergriffen?

78. Abgeordneter **Klaus Hagemann** (SPD)

Inwieweit sieht das Bundesministerium für Bildung und Forschung Änderungsbedarfe bei den Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) im Hinblick auf die von der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, angekündigte Overhead-Finanzierung („Schavan erkauft sich Bafög-Deal“, SPIEGEL ONLINE, 6. Oktober 2010) für Forschungsprojekte an Hochschulen, die angesichts von jährlich für die möglichen Zuwendungsempfänger anfallenden Gemeinkosten wie Mieten, Heizung, Strom und anteiligen Nutzungskosten zentraler Einheiten wie z. B. Rechenzentrum und Bibliothek nach ANBest-P binnen zwei Monaten für die spezifisch durch das jeweilige Forschungsprojekt verursachten, indirekten Projektausgaben verwendet werden sollen, in Richtung der über die Deutsche Forschungsgemeinschaft gewährten automatischen Programmkostenpauschalen von 20 Prozent des Hochschulpaktes 2020, die gleichfalls dem Haushaltsrecht des Bundes unterliegen, und in welchem Umfang waren in Bezug auf die Zahl der infrage kommenden laufenden Vorhaben und Neuanträge (jeweils mit Angabe der Förderhöhe) im Januar 2011 jeweils Programmpauschalen möglich, wurden tatsächlich beantragt bzw. wurde seitens der Hochschulen eine Verzichtserklärung abgegeben?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

79. Abgeordneter **Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung bisher unternommen, um die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP angekündigte Einrichtung einer Jugend- und Begegnungsstätte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und die Schaffung eines koordinierenden Zeitzeugenbüros umzusetzen?

80. Abgeordneter
Wolfgang Wieland
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann will die Bundesregierung die im Koalitionsvertrag angekündigte Expertenkommission einsetzen, die die Aufgaben der Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen DDR (BStU) überprüft, und was ist das Ziel dieser Überprüfung?

81. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwieweit wurden Bundesregierung und Deutscher Bundestag davon unterrichtet, dass die erfundenen und konstruierten Erzählungen des Rafed Ahmed Alwan al Dschanabi alias „Curveball“ beim Bundesnachrichtendienst (BND), im Irak gebe es mobile Biowaffenlabors, bereits im Jahr 2000 von seinem ehemaligen Vorgesetzten Dr. Latif gegenüber dem BND bestritten wurden („Es gibt keine solche Lkws.“) und dass „Curveball“ unter Vorbehalt dieser Aussage gesagt habe, „OK, dann gibt es keine“, dennoch aber der BND ihn ab Mai 2002 zu weiteren Aussagen über die Labors gedrängt habe u. a. mit der Drohung, sonst seine damals schwangere Ehefrau in ihre marokkanische Heimat abschieben zu lassen, und warum hat die Bundesregierung der US-Regierung nicht vor deren Invasion in den Irak 2003 unmissverständlich mitgeteilt, dass „Curveballs“ Lügen durch Dr. Latif entlarvt worden waren und „Curveball“ sie daraufhin nicht aufrechterhält?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

82. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haben die Europäische Union und die Bundesregierung die steigenden Flüchtlingszahlen auf Lampedusa aufgrund der Unruhen in Nordafrika antizipiert, und erwägt die Bundesregierung angesichts der Ausrufung des humanitären Notstandes durch die italienische Regierung, diese neben polizeilichen Maßnahmen auch humanitär zu unterstützen, und wenn ja, durch welche Maßnahmen?

83. Abgeordneter
Dr. Rolf Mützenich
(SPD)

Welchen erhöhten Mittelansatz plant das Auswärtige Amt angesichts der gesellschaftspolitischen Umwälzungen im Nahen Osten und Nordafrika für die Arbeit der politischen Stiftungen (bitte aufgeschlüsselt nach Ländern), und sind diese erhöhten Ausgabenansätze auch für die mittelfristige Finanzplanung vorgesehen?

84. Abgeordneter **Dr. Rolf Mützenich** (SPD)

Welche eigene Mittel- und Personalverstärkung plant das Auswärtige Amt für die betroffene Region (bitte aufgeschlüsselt nach Ländern), und sind diese erhöhten Ausgabenansätze auch für die mittelfristige Finanzplanung vorgesehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

85. Abgeordneter **Volker Beck (Köln)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Muss der Bund der Vertriebenen und/oder seine Mitgliedsorganisationen für seine staatliche Förderung eine Extremismusklausel unterzeichnen, und wenn nicht, warum?

86. Abgeordneter **Dr. h. c. Gernot Erler** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die in der Debatte vom 10. Februar 2011 geäußerte Auffassung, dass der Vorschlag, den 5. August künftig zu einem nationalen Gedenktag für die Opfer von Vertreibung zu machen, auf eine Forderung des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Stefan Mappus zurückgeht (Abgeordneter Thomas Strobl (Heilbronn): „Die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP unterstützen mit ihrem Antrag den Vorstoß von Ministerpräsident Mappus“)?

87. Abgeordneter **Dr. h. c. Gernot Erler** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die am 14. Februar 2011 vorgelegte Erklärung von 70 namhaften Historikern aus aller Welt zum Beschluss des Deutschen Bundestages „60 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen – Aussöhnung vollenden“ vom 10. Februar 2011, in der von einem „falschen geschichtspolitischen Signal“ gewarnt wird und in der gegen die „Charta der Heimatvertriebenen“ vom 5. August 1950 äußerst kritische Einwände erhoben werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

88. Abgeordneter
Dr. Thomas Gambke
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Modelle (z. B. Abschaffung der Mindestbesteuerung, zeitliche Begrenzung der Verlustvorträge, Differenzierung von Altverlusten, Einführung einer Gruppenbesteuerung nach österreichischem Modell oder Pooling-Modell), prüft die Arbeitsgruppe zur Neuordnung der Verlustverrechnung (inländisch und grenzüberschreitend) im Bundesministerium der Finanzen, und welche Ziele (z. B. Bürokratieabbau, steuerliche Erleichterungen für Unternehmen, Aufkommensneutralität) verfolgt die Bundesregierung dabei?

89. Abgeordneter
Dr. Thomas Gambke
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung einen Vorschlag, die Mindestbesteuerung abzuschaffen bei gleichzeitiger zeitlicher Begrenzung des Verlustvortrags sowie den Gewinnabführungsvertrag bei Konzernen abzuschaffen bei gleichzeitiger Erhöhung der Beteiligungsgrenze von 50 auf 75 Prozent?

90. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf Basis welcher Datengrundlage kommt das Bundesministerium der Finanzen zu dem Schluss, dass das im Jahr 2010 erheblich zurückgegangene Aufkommen aus der Kapitalertragsteuer lediglich auf das „im Zuge der Finanzkrise massiv gesunkene Zinsniveau“ (vgl. DIE WELT vom 25. Januar 2011) und nicht auf die Einführung der Abgeltungsteuer zurückzuführen ist?

91. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie begründet die Bundesregierung ihre Aussage, dass der Personenkreis, der zugleich Kapitaleinkünfte oberhalb des Sparer-Pauschbetrags und einen Grenzsteuersatz von weniger als 25 Prozent aufweist, „überschaubar“ (vgl. DIE WELT vom 25. Januar 2011) sei, und wie hoch war der Anteil dieser Personen an allen Steuerpflichtigen in den Jahren 2009 und 2010 tatsächlich?

92. Abgeordneter
Dr. Gerhard Schick
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für wann plant die Bundesregierung nun den bereits für Januar 2011 angekündigten Kabinettsbeschluss zum Gesetzentwurf zur Novellierung des Finanzanlagenvermittler- und Vermögensanlagenrechts (Information der Bundesregierung vom 18. November 2010, vgl. www.presseanzeiger.de/infothek/finanzen-versicherungen/415101.php)?

93. Abgeordneter **Dr. Gerhard Schick** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum greift die Bundesregierung den Vorschlag, Zertifikate wegen der ihnen enthaltenen derivativen Elemente als Termingeschäfte oder Derivate einzuordnen (vgl. Lehmann, Matthias: Finanzinstrumente, S. 111 ff.) nicht auf vor dem Hintergrund, dass sich damit für den Anlegerschutz Verbesserungen u. a. insoweit ergäben, dass das Bundesministerium der Finanzen gemäß § 37g Absatz 1 des Wertpapierhandelsgesetzes missbräuchliche Finanztermingeschäfte durch Rechtsverordnung verbieten oder beschränken könnte, soweit dies zum Schutz der Anleger erforderlich ist, und wie beurteilt die Bundesregierung eine ausdrückliche Qualifizierung der Zertifikate als Derivate im Sinne des § 2 Absatz 2 des Wertpapierhandelsgesetzes?

94. Abgeordnete **Dr. Barbara Höll** (DIE LINKE.)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Umstand, dass die Finanzämter vermehrt bei der Steuerklassenkombination III/V Einkommensteuervorauszahlungen festsetzen und eine mögliche Steuernachforderung nicht erst im Rahmen der Veranlagung erheben, und aus welchen Gründen wurde die Höhe der Vorsorgepauschale in der Steuerklasse V nicht derart angepasst, dass beschriebene Fallkonstellationen im Regelfall nicht auftreten?

95. Abgeordnete **Dr. Barbara Höll** (DIE LINKE.)

Welche anderen (nicht konkret im Entwurf des Steuervereinfachungsgesetzes 2011 genannten) technischen, am Markt befindlichen bzw. in Unternehmen eingesetzten Verfahren existieren derzeit, um den Anforderungen an eine elektronische Rechnungsstellung im Sinne des Gesetzentwurfs für ein Steuervereinfachungsgesetz 2011 zu genügen, und wie ist gewährleistet, dass die Unternehmen die Anforderungen an Echtheit und Unversehrtheit einheitlich auslegen?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333